

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.00.- M., monatlich 50.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 22. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Obstruktion gegen Brotverbilligung.

Die Beratungen über die Getreideumlage in der Kommission lassen auch heute ein endgültiges Urteil über die etwaige Gestaltung der Vorlage noch nicht zu.

In der sachlichen Beratung behauptet Schiele (DnL), daß die Landwirtschaft gewillt gewesen sei, dafür zu wirken, daß durch freiwillige Ablieferung der Landwirte ein erträglicher Brotpreis hätte ermöglicht werden können.

Thöne (Sog.): Die übergroße Mehrheit unseres Volkes will über die Gestaltung des Brotpreises recht bald Klarheit haben.

Verbraucher verlangen in diesen Tagen Klarheit darüber, ob sie sich bei der Gestaltung des Brotpreises einer geringen Minderheit, das sind die Interessenten der Landwirtschaft, zu unterwerfen haben oder ob der Reichstag stark genug ist, sie vor dem schlimmsten Wucher zu schützen.

Sabotage der beabsichtigten verbilligten Brotversorgung und sind für uns völlig undiskutabel. Ich darf im Auftrage meiner Fraktion erklären, daß, wenn die Mehrheit dieser Kommission geneigt sein sollte, die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bei der Beratung mit zugrunde zu legen, daß wir den weiteren Verhandlungen keinerlei Wert mehr beilegen.

Das Prinzip des Zwanges ist nicht die Hauptsache, wobei aber doch zu beachten ist, daß ohne Zwangsbewirtschaftung eine Verbilligung

des Brotpreises nicht zu erzielen ist. Insofern ist auch der zuletzt eingegangene Antrag des Zentrums für uns undiskutabel, der den Umlagepreis nach dem Durchschnittspreis an der Berliner Börse abzüglich 35 v. H. festgesetzt wissen will.

Zusammenfassend könne er nur sagen, daß sich nach dem Verlaufe der jetzigen Verhandlungen kaum eine Möglichkeit ergebe, die Zustimmung der Sozialdemokraten zu einer nach den vorliegenden Anträgen geänderten Vorlage zu erlangen.

Stegerwald (Z.) ist zu einer Verständigung auf breiter Grundlage bereit. Dazu sei aber nötig, daß alle Beteiligten Einigkommen zeigen. Die Behauptung der Vertreter der Landwirte, daß die Vorlage eine alleinige Sonderbesteuerung dieses Standes bedeute, weist er unter dem Hinweis auf die Löhne der Arbeiter und der Gehälter der Beamten und Angestellten zurück.

Dr. Helm (Bayer. Vp.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf eine Umlage von 4 1/2 Millionen Tonnen und begründet das mit der diesjährigen geringeren Ernte und dem notwendigen starken Verbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung an Brot. Er wendet sich sowohl gegen die Heranziehung der forstwirtschaftlichen wie auch der gesamten landwirtschaftlichen Nutzungsfächen. Den Preis des Getreides will er vorher nicht garantieren, er müßte sich weit unter dem Weltmarktpreis halten.

Ein Vertreter der Reichsregierung gibt Erläuterungen über die etwaige Gestaltung des Brotpreises, der Hauptinhalt der Vorlage aber sei der, die Brotversorgung sicherzustellen und jeden schwankenden Preis zu verhüten.

Diez (Z.) erklärt, daß sich seine Fraktion bei der Abstimmung über die Anträge der Rechten der Stimme enthalte.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die Einsetzung eines Unterausschusses beschlossen, der noch am Nachmittag zusammentreten soll.

Braun über die Schulfrage.

Der Landtag hat heute nach Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Bewilligung von 20 Millionen Mark und nach Bewilligung von 5 Millionen Mark für die Hungersnot in Rußland an das Reute Kreuz die zweite Beratung des Haushaltes des Staatsministeriums fortgesetzt.

Ministerpräsident Braun:

Die Lage von der Alltagswelt Deutschlands am Sieges ist eine der größten und verhängnisvollsten Geschichtslagen. Sie ist so verhängnisvoll, weil sie nicht nur das Verhältnis zahlreicher großer und kleiner Völker der Welt zu Deutschland und dem deutschen Volke auf Jahre hinaus vergiftet hat, sondern auch weil aus dieser Schuldfrage von unseren ehemaligen Siegesgegnern die moralische Berechtigung hergeleitet wird zu den schier unerträglichen Belastungen und Bedrückungen des deutschen Volkes. (Sehr wahr.) Wir haben daher allen Grund, immer wieder vor aller Welt die Tatsachen aufzuzeigen, die geeignet sind, die Schuldfrage zu erschüttern und schließlich vollends zu vernichten.

Wenn wir uns darauf beschränken, nicht mehr beweisen zu wollen, als nach Lage der bekannten Tatsachen bewiesen werden kann, dann werden wir auch eine geschlossene Front des Volkes zum Kampf gegen die Lage von der Alltagswelt zusammenbringen. Wir stehen leider vor der Tatsache, daß diese Kriegswaffe ihren

Niedererschlag im Versailler Vertrag

gefunden hat und heute noch mit fast unermindelter Kraft gegen Deutschland angewendet wird. Die Staatsregierung wird bemüht sein, an ihrem Teile auf die Reichsregierung einzuwirken, alles zu versuchen, um die Schuldfrage zu erschüttern und schließlich vollends zu vernichten. (Sehr gut!)

Es ist hier gestern erklärt worden, es müßte auch dahin gewirkt werden, daß der Haß im Auslande gegen Deutschland und das deutsche Volk abgebaut und bekämpft werde. Diesem Wunsche möchte ich mich anschließen und die ernste Mahnung in das Land schicken, daß man mit

geräuschvollen militärischen Feiern

und mit Veranstaltungen, in denen die Revanche gepredigt wird, etwas zurückhaltender sein möge. (Zustimmung links und in der Mitte.) Diese Veranstaltungen sind nicht dazu angetan, den Haß im Auslande abzubauen und zu zerstören.

Unter diesem Haß leiden besonders die hinter der Kulisse des Völkervertrages vollkommen der französischen Gewaltpolitik ausgelieferten Saarbautschen. Die dort eingeräumte Volksvertretung ist keine wahre Volksvertretung. Ich begrüße es, daß die saarländische Bevölkerung sich trotzdem nachdrücklich an den

Wahlen beteiligen und dafür sorgen will, daß auch in diesem Volksvertretungsrat die wahre Stimme der Saarbevölkerung zum Ausdruck kommt. Wir verfolgen mit wärmster Anteilnahme den Kampf unserer saarländischen Bevölkerung gegen die Bedrückung und Verführung, die dort sich in der letzten Zeit an sie heranmacht und wobei sie tapfer ihr Deutschtum verteidigt.

Wir erleben jetzt im besetzten Rheinland eine Erscheinung, die in der Geschichte Europas nicht ganz fremd ist. Im besetzten Rheinland

rollt heute der Frank

mit dem Ziele, die Bevölkerung zu korrumpieren. Zu meiner großen Freude haben weder die Bedrückungen noch die Verführungserfolge bisher vermocht, die deutsch fühlende und deutsch denkende rheinische Bevölkerung wankend zu machen.

In diesen Tagen werden Hunderttausende deutsche Volksgenossen durch den Gewaltanspruch von Genf von Deutschland losgerissen. Aber: der Nachspruch des Siegers kann wohl geographische Bilder zerreißen und neue Grenzsteine setzen; die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes kann er nicht zerreißen. (Beifällige Zustimmung.) Den wieder zu Deutschland und Preußen zurückkehrenden Oberschleflern entbiete ich meinen herzlichsten Gruß. Wir müssen im wirtschaftlichen und kulturellen Interesse Oberschlesiens zu einem erträglichen Verhältnis mit dem neuen Grenznachbar kommen.

Hoffentlich werden auch die Oberschlefler einsehen, daß es im Interesse Oberschlesiens liegt, ein

Bestandteil des großen preussischen Staates

zu bleiben. Die berechtigten Wünsche der Oberschlefler werden durch das Gesetz über die Provinzialautonomie, das bereits dem Staatsrat vorliegt, ihre Befriedigung finden. Diese Autonomie muß so gestaltet werden, daß die berechtigten Wünsche der Provinzen befriedigt, aber das Staatsganze nicht nachhaltig gefährdet werden. (Zustimmung.)

Bei Schluß des Blattes spricht der Minister weiter.

Kündigungsbeschränkungen zugunsten Schwerbeschädigter. Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über Kündigungsbeschränkung zugunsten Schwerbeschädigter nebst Begründung nach Zustimmung des Reichsrats zur Beschlussfassung vorgelegt. Es wird die Bitte ausgesprochen, das Gesetz während der jetzigen Tagung des Reichstags auf die Tagesordnung zu setzen, weil die gegenwärtig geltenden Kündigungsbeschränkungen für Schwerbeschädigte, die durch den Entwurf verlängert werden sollen, am 30. September 1922 ablaufen und das Gesetz daher mit dem 1. Oktober 1922 in Kraft treten muß.

Late Joneca ist gestorben. Als (französischer) Hauptagitator für den Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg hatte er weit mehr Erfolg als später wo er Ministerpräsident des „Reichs“, aber schwer geschädigten Landes war.

Die Gewaltwirtschaft der Kartelle

Von Gustav Hoch, Hanau.

Soeben ist der wortgetreue Bericht über die Verhandlungen des diesjährigen deutschen Handwerks- und Gewerbetagungs erschienen. Er enthält einen Abschnitt, der von besonderer Bedeutung ist, nämlich die Verhandlungen über „die Auswirkung der Industriekartelle auf das Handwerk“. Zur Würdigung der Verhandlungen sei an die Vorgänge zu jener Zeit erinnert, als es sich darum handelte, aus der Zwangswirtschaft des Krieges zur Friedenswirtschaft überzugehen. Uebereinstimmung herrschte damals darüber, daß die bisherige Zwangswirtschaft beseitigt werden muß. Jedoch verlangten wir Sozialdemokraten eine Regelung des Wirtschaftslebens auf andere Weise: nicht mehr von oben, vom grünen Tisch des Beamtentums, auf Kommando der Großkapitalisten, sondern von unten auf durch ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Kreise des arbeitenden Volkes, nicht mehr unter dem Druck der Polizei an der Hand unzähliger Verordnungen, sondern in sachgemäßer Verständigung der Beteiligten unter Aufsicht durch die Gesamtheit und zum Wohle der Gesamtheit. Die bürgerlichen Parteien aber wollten von diesen „Wegen der Sozialisierung“ nichts wissen; sie sahen darin eine unerträgliche Vergewaltigung des Wirtschaftslebens und forderten den „freien Handel“, das „freie Geschäft“ für alle als die einzige Möglichkeit einer günstigen, wirtschaftlichen Entwicklung. Wir Sozialdemokraten waren in dieser Frage damals leider in der Minderheit und sind bis jetzt in der Minderheit geblieben. Wie konnten es daher nicht verhindern, daß die früheren Wirtschaftsverordnungen fast durchweg ohne weiteres, also ohne jede neue Regelung des Wirtschaftslebens, beseitigt wurden und der „freie“ Verkehr sich wieder entfalten konnte.

Welche Erfahrungen haben wir damit gemacht? Ist unser Wirtschaftsleben wirklich in den letzten Jahren so gesundet, wie die bürgerlichen Parteien es vorausgesagt haben? Oder ist die Befürchtung der Sozialdemokraten eingetroffen, daß nämlich die neue wirtschaftliche „Freiheit“ nur die Freiheit des Großkapitals zur um so rücksichtsloseren Ausbeutung des arbeitenden Volkes sein werde?

Die Arbeiterchaft diese Fragen beantwortet, darüber besteht kein Zweifel. Hören wir aber jetzt die Handwerksmeister, die eine treue Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien bilden und sich oft genug über die Sozialisierungsforderungen der Sozialdemokraten entrüstet haben.

Redner der Handwerksmeister war auf dem Handwerker- und Gewerbetagungs Herr Irl-München; er war vor der Revolution viele Jahre Zentrumsabgeordneter im Reichstage und gehört jetzt dem Landtage an. Er begann seine Rede mit der Feststellung, daß die Industriekartelle in letzter Zeit zu geradezu unerträglichen Zuständen geführt haben, unter denen besonders das Handwerk zu leiden hat. Dann ging Herr Irl auf die Stellung des Reichswirtschaftsministers zu den Kartellen ein und forderte durch greifende Maßnahmen der Gesetzgebung. Wenn es, so führte er aus, den Spitzenverbänden der Industrie wirklich ernst wäre mit der Bekämpfung der Mißbräuche, dann hätten sie längst wirksamer einschreiten müssen. Dann hätte aber mancher Aktionär und mancher Syndikus auf einen Teil seines Einkommens verzichten müssen; darum werden wahrscheinlich nur viele schöne Worte gemacht, sonst kommt dabei nichts heraus. Das ist bei Herrn Irl eine sehr — bezeichnende Erkenntnis.

Noch wichtiger ist die Erklärung des Redners: Ich bin gewiß ein Feind der Zwangswirtschaft und des behördlichen Hineinschnüffels in Geschäftsbetriebe. Aber die alles Maß übersteigenden Unternehmerrgewinne, wie sie tagtäglich aus den veröffentlichten Bilanzen der Aktiengesellschaften usw. ersichtlich sind, zwingen ja dazu, daß eingeschritten wird.

Darauf folgt — was besonders erfreulich ist — eine Abrechnung mit den „Sachverständigen“, die unermüdlich behaupten, das Großkapital sei ganz unschuldig an der jetzigen Teuerung. Herr Irl sagte weiter:

Wir sind es den Tausenden von alten Handwerksmeistern und deren Frauen und Witwen schuldig, die vor der bittersten Not und vor dem Hungertode stehen, wenn diese Preissteigerung so fort geht, laut darauf hingewiesen, daß die übermäßigen Industrieerträge mit einer Hauptschuld an diesen Verhältnissen tragen. Gewiß liegt die Hauptursache der Teuerung in dem verlorenen Krieg, in der durch Krieg und Revolution verursachten Vernichtung so vieler Werte und Waren, in der Spekulation des Auslandes und in unerfüllbaren Feindesbedingungen — aber zu all diesen Ursachen kommen noch die überaus hohen Gewinne, die viele Industriezweige auf ihre Erzeugnisse schlagen, die abschließliche Zurückhaltung der Waren usw., wodurch die Last ins Unerträgliche gesteigert wird. Diese hohen Gewinne verteuern die Produktion und die Rohstoffe; sie zwingen den Handwerksmeister, hohe Rechnungen zu stellen; und sie machen damit manche Aufträge unmöglich; sie verderben die Moral des Volkes und bewirken, daß andere Stände ebenfalls immer höhere Forderungen stellen, wodurch das Geld immer mehr entwertet wird.

Gegen solchen Wucher, ruft Herr Irl aus, muß auch die Gesetzgebung einschreiten. Der Preisabbau muß durch eingeleitet werden, daß eine Beschränkung in den Rohstoffpreisen

Dollar schwankend, mittags 320.

eintritt und eine Beschränkung bei den Fabrikations- und Handelsgewinnen. In einer Entschliessung wird denn auch gefordert, daß das Kartellwesen gesetzlich geregelt wird, falls nicht durch gegenseitige Verständigung die Schädigungen beseitigt werden, die die Monopolstellung einzelner Gewerbezweige dem Handwerk und der Allgemeinheit zufügen. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag hat dem einstimmig zugestimmt. So lernt jetzt das Handwerk aus eigener, bitterer Erfahrung, wie berechtigt auch die wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokraten sind.

Hinter den KPD.-Kulissen.

Unser Breslauer Parteiorgan, die „Volkswacht“, veröffentlicht Auszüge aus den Memoiren einer früheren schlesischen KPD.-Größe und Breslauer Stadtverordneten Max Gruschwitz, gegen den nach dem März-Putsch ein Haftbefehl erlassen wurde und der nach Rußland über Stettin mit anderen „Somjetkurieren“ befördert werden sollte. Da sich die Abfahrt des Dampfers infolge eines Hafenarbeiterstreiks verzögerte, hatte er Gelegenheit, das Gebaren dieser Vertrauensmänner Moskaus zu beobachten und war nach wenigen Tagen dermaßen über die Qualität seiner Mitreisenden erbaut, daß er beschloß, nach Berlin zurückzukehren. Er schildert das Treiben dieser Kurieren wie folgt:

Die Kurieren beschränken in der Regel offiziell Briefe von Rabel an Tolheimer und umgekehrt. Die Hauptaufgabe aber ist — Valutaführung von fremden Geldsorten, von Wertgegenständen, Silber und Gold. Als ich einem dieser Kurieren sagte, daß dies doch eine Ungeheuerlichkeit sei, antwortete er mir wörtlich: Du bist wohl doo? Wir leben doch im kapitalistischen Staat — warum soll ich mich denn nicht auch gesund machen? Als das Gespräch auf Klara Zetkin kam, erklärte ein anderer wörtlich: „Wenn bloß die alte Sau schon tot wärel!“

Von Berlin wurde Gruschwitz nach Oberschlesien entsandt, wo gerade der Aufstand tobte.

In Oppeln erreichte ihn ein Kurier der KPD.-Zentrale, der den Auftrag hatte, die Verbindung mit dem offiziell gestellten Freikorps herzustellen und zu sondieren, ob diese Korps „eventuell als Rote Armee“ gegen die Berliner Reichsregierung verwendet werden könnten. Man denke: KPD. und „Freikorps Oberland“ gegen die Regierung! Eine edle Verbindung!

Gruschwitz kündigt über dieses besondere Thema weitere Enthüllungen an, auf die man gespannt sein kann und die man abwarten muß, um sich ein Urteil über die Glaubwürdigkeit dieser etwas phantastisch anmutenden Darstellung bilden zu können.

Von Oppeln wird Gruschwitz nach Bremen als Parteisekretär unter falschem Namen entsandt, erfährt jedoch von ungläublichen Mißbräuchen, die seine Breslauer Genossen mit seiner Privatwohnung treiben, die angeblich als Parteibureau und in Wirklichkeit als Absteigequartier benutzt wird. Schließlich fährt er selbst nach Breslau mit seiner Frau, um nach dem Rechten zu sehen:

„Was ich in Breslau und namentlich in meiner Wohnung antraf, übersteigt selbst die kühnste Phantasie. Ohrenbetäubender Lärm, alberne Diskussion überall, angefunkelte Funktionäre, veritable Zigeunerinnen, Russen, Polen — alles durcheinander. Unsere Betten in ekelhaftem Zustand, mit ungelesenen, Eisensteden — kurz eine echte KPD.-Zentrale.“

Wie mir Hausbewohner erzählten, haben oft bis nachts um 3 Uhr Ringkämpfe in meiner Wohnung stattgefunden, an denen u. a. außer einem Herrn Schlagner auch der Bezirkssekretär Hamann teilnahm!

Daraufhin verlangte Gruschwitz, daß seine Wohnung geräumt werde und, da dies verweigert wurde, nahm er die Hilfe der Polizei in Anspruch. Der Bezirkssekretär Hamann berief sodann ein „Parteigericht“ gegen ihn ein.

Als die „Genossen“ nun erfuhren, daß er seine Erlebnisse in einer Broschüre veröffentlichten wollte, ließen sie ihm durch den 2. Bezirkssekretär Erich Schuster im Auftrage der Zentrale 20 000 Mark anbieten, falls er sich in ein von der Zentrale zu bezeichnendes Sanatorium begeben würde, um sich geisteskranke erklären zu lassen.

„Herr Schuster wiederholte das noch einmal meiner Frau gegenüber und sagte: „Der Max ist schön dumm, wenn er das nicht tut — so schnell kommt er nie wieder zu 20 000 Mark!“

Ich lehnte diese Zumutung der Zentrale der KPD. ab.“ Die KPD. kann nicht umhin, sich zu dieser Darstellung zu äußern, sonst müßte man den Schluß ziehen, daß selbst die tollsten und widerwärtigsten Einzelheiten der Gruschwitzschen „Erinnerungen“ den Tatsachen entsprechen.

Die „Soz. Korrespondenz“ wirft die Frage auf, ob der Kaufmann und vierzigfache Millionär Max Fröhlich, der wegen Kupferschiebungen kürzlich verhaftet wurde und der als Stationskommandant des Stettiner Bahnhofs in der Revolutionszeit eine Rolle gespielt hat, identisch ist mit dem einstigen Führer des Spartakusbundes und des „Roten Soldatenbundes“, der dann längere Zeit Chef des kommunistischen Kurierdienstes zwischen Deutschland und Sowjetrußland, d. h. Leiter der Edelsteinschiebungen war.

Bei der Gelegenheit einer Äußerung über den Fall Gruschwitz könnte die „Rote Fahne“ auch diese Frage beantworten.

Ein ausgebliebener Enthüller.

Vor dem Schöffengericht Alt-Moabit sollte sich am Donnerstag der Prozeß unseres Redakteurs Kuttiner gegen Georg Davidsohn abspielen. Es wurde aber nichts aus der Verhandlung. Denn es waren zwar der Privatkläger und circa 20 Zeugen erschienen, nicht aber der Angeklagte Davidsohn. Durch Rechtsanwalt Wilhelm Liebnacht ließ er eine Erklärung gegen den Privatkläger verlesen, in der sämtliche zur Anklage stehenden Beleidigungen wiederholt werden und in der ferner gesagt ist, daß Davidsohn nicht zu verhandeln gedenke, weil sich sein bisheriger Rechtsbeistand Theodor Liebnacht zurzeit in Moskau aufhält. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Oborniker, wies darauf hin, daß der Angeklagte

Systematische Prozeßverschleppung

treibt. Die Klage ist vor zwei Jahren eingereicht worden, ohne daß es bisher infolge der ständigen Ausflüchte des Angeklagten zu einer Hauptverhandlung kommen konnte. Die vom Gericht gestellte Frist zur Klagebeantwortung hat der Angeklagte sich viermal verlängern und dann noch ungenutzt verstreichen lassen. Im ersten Verhandlungstermin — ein halbes Jahr nach der Klage — hat er dann erklärt, er müsse erst jetzt die Beweise für seine Beleidigungen sammeln. Den in dieser Sitzung gefassten Gerichtsbeschluss, wonach die Parteien innerhalb vier Wochen ihre Beweisanträge einreichen sollten, hat der Privatkläger zwar befolgt, der Angeklagte aber hat wiederum ein halbes Jahr nichts von sich hören lassen. Dann hat er bei zwei weiteren Terminen die Vertagung beantragt und so den Prozeß bisher zwei Jahre lang verschleppt. — Der Privatkläger Kuttiner wies noch darauf hin, daß es ein unerhörter Zustand sei, wenn ein im öffentlichen Leben stehender Politiker zwei Jahre lang die schwersten Vorwürfe auf sich sitzen lassen müsse, ohne den gerichtlichen Gegenbeweis antreten zu dürfen. Vor zwei Jahren habe sich Davidsohn gerühmt, er werde den Privatkläger moralisch vernichten, jetzt werde er jeder Beweisaufnahme aus, weil er selber genau wisse, daß er die Beweise für seine Verleumdungen nicht erbringen könne. Die hier verlesene Erklärung kennzeichne die Methode des Angeklagten: er sucht seine Verleumdungen

solange als möglich wirken zu lassen.

indem er sie immerfort wiederholt und von neuem in die Öffentlichkeit bringt, aber jede Beweisaufnahme über sein Vordringen sabotiert. — Rechtsanwalt Wilhelm Liebnacht suchte darzutun, daß dem Angeklagten ein Verhandeln ohne seinen bisherigen Verteidiger nicht zumuten gewesen sei. Rechtsanwalt Oborniker erwiderte darauf, daß der Angeklagte jedenfalls zunächst vor Gericht hätte erscheinen und dem Gericht darüber die Entscheidung hätte überlassen müssen. Der Privatkläger machte noch darauf aufmerksam, daß ein Mann, der Mitglied des Reichstages und der Räteversammlung und Redakteur der „Freiheit“ gewesen sei, sich ein solches geistiges Armutzeugnis ausstelle, wenn er behauptet, ohne einen bestimmten Verteidiger nicht verhandeln zu können.

Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen und den ausgebliebenen Angeklagten Davidsohn zum nächsten Termin zwanngsweise vorzuführen zu lassen, da sein Ausbleiben nicht als entscheidend anzusehen sei. Außerdem hat Davidsohn die Kosten des durch seine Schuld verfallenen Termins zu tragen.

Salme stehen um Hilfe, die niemand gewähren kann, und nie wieder erwacht die kleine verbrannte Leiche zu fetten bebenden Füßen.

Der Kampf gegen die Lynchjustiz. Die grausamen Lynchverbrechen, die ein Schandmal der sonst auf ihre Sittlichkeit so stolzen amerikanischen Kultur sind, haben seit kurzem wieder bedeutend zugenommen, so daß die amerikanischen Blätter geradezu von einer Lynchepidemie sprechen. Im Monat Mai wurden allein acht Regier in den Südstaaten dem „Richter Lynch“ überantwortet; vier von ihnen wurden lebendig verbrannt, während riesige Mengen dem Scheitelpfeil zufielen. Im ganzen wurde 1922 die Lynchjustiz bis zum 1. Juni 25mal ausgeübt. In den letzten 10 Jahren sind durchschnittlich jedes Jahr 65 Regier getötet worden. Die Scheußlichkeiten, die mit den letzten Lynchvorgängen verknüpft waren, haben nun den Kampf gegen diese von der Öffentlichkeit geduldeten, ja sogar gebilligten Morde von neuem entflammert, und es ist ein Antilynchgesetz eingebracht worden, das im Kongreß bereits angenommen ist, aber wahrscheinlich im Senat abgelehnt werden wird, weil es angeblich ungesetzlich sein soll. Die Schilderungen der letzten Lynchverbrechen zeigen die grausame Wildheit dieses Verfahrens. So wurden in einer kleinen Stadt in Texas am 6. Mai drei Regier an ein und demselben Pfahl verbrannt. Einer von ihnen hatte unter der Folter gestanden, daß er sich an einem sechszehnjährigen weißen Mädchen vergangen habe; die beiden anderen aber beteuerten auch noch, während die Flammen sie rösteten, ihre Unschuld. Als die drei tot waren, wurden ihre verkohlten Körper noch mit Öl übergossen und zu Asche verbrannt. Zwei Tage später fand man einen Regier, der mit demselben Verbrechen zusammengebracht war, an einem Baum erhängt. Kurz danach erbeutete die Polizei die Spuren eines Weissen, der das Verbrechen begangen hatte. Am 18. Mai wurde ein fünfzehnjähriger Regier über einem langstammigen Feuer geröstet, ein Scheitelpfeil, das 2000 Anwesende mit Jubelrufen begrüßten. Endlich gestand er, eine Weiße getötet und berauscht zu haben, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß er nicht der Verbrecher war. Er wurde daraufhin über ein starkes Feuer gehängt, und mehr als 200 Schüsse wurden von den Umstehenden auf den brennenden Körper abgefeuert. Am nächsten Tage wurde ein farbiger, der einen Weissen in Texas erschossen hatte, mit einem Seil an einen Kraftwagen festgebunden und zu Tode geschleift. Am 24. Mai wurde ein Regier, der des Viehdiebstahls verdächtig war, in einer Stadt von Texas zu Tode geprügelt. Regier werden in den Südstaaten sogar getötet, wenn sie einen Weissen beschimpfen, wenn sie zuviel Land besitzen, wenn sie sich irgendwie gegen die Macht der Weissen auflehnen. Diese Suche der Gesetzlosigkeit ist nur möglich, weil die Ordschöherden, denen die Aburteilung der Lynchverbrechen obliegt, beide Augen zuzubinden und die Anführer des Böbels, die gewöhnlich allgemein bekannt sind, nicht verfolgen. Das einzige Mittel, gegen die Lynchorgane vorzugehen, wäre die Übertragung der Aburteilung an das Bundesgericht, in dem der verhängnisvolle Einfluß der Südstaaten nicht mehr herrschend ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß in den Südstaaten den Regieren kein genügender Schutz genährt werden kann, weil man dort allgemein

Die Londoner Besprechung.

Paris, 22. Juni. (W.T.B.) Im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten berichtete der Vorsitzende Gaston Doumergue über eine Unterredung mit Poincaré: Poincaré beglückwünschte sich zu dem ihm in London bereiteten Empfang. Es scheint, daß die öffentliche Meinung in England auf Grund der Ereignisse von Genua und ihrer Folgen heute besser als früher die Haltung Frankreichs gegenüber den Sowjets und den Wert der Grundzüge verstehe, die Frankreich auch weiter verteidige. Die Zusammenkunft mit Lord George sei von Anfang an schon vor ihrem Meinungsaustausch sehr herzlich gewesen.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuß mit der Behauptung, daß Briand im Ausschuß gesagt habe, er habe sich in seinen Besprechungen im Jahre 1921 mit der britischen Regierung dahin verständigt, daß die Besetzungsdauer auf dem linken Rheinufer noch nicht zu laufen begonnen habe. Poincaré habe dagegen erklärt, er habe darüber nichts erfahren können. Nach Prüfung der Angelegenheit wurde festgestellt, daß ein Bericht der Sachverständigen vom Januar 1921 besteht, in dem die Vertagung des Termins des Beginns der Besetzungsdauer als eine der nötigen Sanktionen vorgesehen wurde. Der Oberste Rat hat jedoch über diesen Punkt keine Entscheidung getroffen.

Nach Mitteilungen Doumergues sei auch die englische Regierung entschlossen, keine Herabsetzung der deutschen Schuld ins Auge zu fassen. Nach einer Zeitungsmeldung habe Poincaré vor seiner Reise nach London eine Note an England unterzeichnet, in der gesagt werde, daß Frankreich berechtigt sei, eventuell gegen Deutschland, um zu Reparationszahlungen zu gelangen, jede Zwangsmassnahme durchzuführen, die es für gut halte und daß Millereand im April 1920 noch der Affäre Frankfurt a. M. niemals auf dieses Recht verzichtet habe. Ferner werde der englische Protest gegen die französische Kommission für die Hafendauten in Tanager bekämpft.

Nach den „Times“ ruht die Angelegenheit der Anleihe für Deutschland keineswegs, das Bankierkomitee solle recht bald wieder zum Zusammentritt eingeladen werden. Havas berichtet von mehreren englischen Noten an Frankreich gegen das französische „Sanktionsrecht“, auch wegen Tanager. Die Londoner Besprechung scheint also gar keinen Erfolg gehabt zu haben; das sagen auch „Daily News“.

Moskauer Gerichtsbeeinflussung.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands hatte die Arbeiterschaft Rußlands aufgefordert, am 20. Juni, dem Tag der Ermordung Woborodskis, Protestkundzüge gegen die Sozialrevolutionäre als Mörder zu veranstalten. Das Aufreten der drei ausländischen Verteidiger sei nur der Versuchsbalkon des europäischen Bürgertums gewesen, vor Beginn der Haager Konferenz zu untersuchen, ob nicht vielleicht die Sowjetmacht das Vertrauen der Arbeiter verloren habe. Die Preisfindung habe also den Sinn, das Vertrauen und die Unterstützung der Arbeiter zu bekunden und für die am Ausbruch des Bürgerkrieges Schuldigen Rache zu verlangen. — An dieser Demonstration nahmen in Moskau nach amtlicher Angabe etwa 300 000 Personen teil. Es wurden zahlreiche Fahnen getragen mit Aufschriften: „Hinweg mit den Verrätern!“, „Tod den Mördern der Arbeiterklasse!“. Der Vorzug an dem Gerichtsgebäude dauerte fast sechs Stunden. Komenew, Krpsenko, Kabel, Klara Zetkin und Bucharin hielten in verschiedenen Sprachen Begrüßungsreden. Der Vorsitzende des Tribunals gab eine kurze Uebersicht über den bisherigen Verlauf des Prozesses. — Wanderdele wird der Zustandsdelegation der S. R. in Berlin Bericht erstatten.

Genosse Karl Kautsky ist dieser Tage plötzlich an einem Augenleiden erkrankt, das einen sofortigen operativen Eingriff an einem Auge notwendig machte. Die Operation verspricht guten Erfolg, doch ist absolute Ruhe des Patienten dafür umgängliche Voraussetzung. Genosse Kautsky wird daher den zahlreichen an ihn gerichteten Aufforderungen, sich zu seiner Einigungsaktion weiter zu äußern, in der nächsten Zeit nicht nachkommen können.

Ein Blitz hat ins Kornfeld geschlagen.

Von Max Kölmperger - München.

Büblich gegen Abend gemahnten die Tannen des nahen Wäldchens eine kleine, treibige Wolke, die sich wie ein Geschwür in das Blau des verbrennenden Tages fraß, unheimlich wachsend, zunehmend und den Horizont verfinstern. Und raumend warnten sie einander, die großen Schwestern des Schweigens, und es schien, als würden sie mit ihren Aesten und Zweigen enger zusammenrücken zu undurchdringlichem Schutz, und drohend färbten sich ihre Stämme mit dem Schwarz der heranziehenden Nacht.

Abnunglos aber ruht das sonnenmilde Kornfeld. Seine unzähligen Halme nicken ihre goldenen Köpfe in traumhaften Schlaf; nur wenige wachen, aber sie sind mit sich selbst vollauf beschäftigt, mit ihrem Unglück, das mit dem Flug des wilden Laubenspaars am hellen Nachmittag gekommen war; andere, hinsichtlich am schwarzen Ausfall des Spatenpilzes, sehen herzlose Mäuse um Erlösung von ihren Qualen an; andere wieder, am Wegerand aufgewachsen, vom Jierlock eines gedankenlosen Menschen geknickt, suchen sich unter unfähigen Anstrengungen vergebens aufzurichten.

Wer sollte dich warnen, Feld voll Segen? Es schläft die Berge, dein und Gottes Günstling, und wird nie wieder erwachen. Gestern aber starb um die Mitte der Nacht die letzte Glockenblume am Rain, die blühvertraute Wächterin, ihr blaues Seuzen erstickt ungestört im Geheppes proffender Mäuse.

Weit fort in die Tiefe des Waldes sind die wilden Lauben heimgekehrt und unerreichbar bist du ihrem ängstlichen Gurren. Verstummt ist das Gebet des Landmanns, in seinen Träumen ruhet der Goldstrom der Körner, segeln Wolken schneeigen Rechts. Wer sollte dich schätzen, Feld voll Sorgen? Etwas der milde Jesus mit beschwörenden Händen? Ihn bestürmt ohne Unterlaß der Mensch mit ungezählten Klagen. Oder der Hirtentknoche Dionys mit seinem bunten Drachen? Ihn würde der erste Blitz niederstrecken. Oder der Mond mit seiner sanfter Sichel? Schon hat ihm das schwarze Unheil den weißen Pfad verstell. Die Wiese verhält ihren grünen Odem, angstvoll durchzittert der Schrei des Feldhuhns das grauenvolle Schweigen.

Da bricht das Unheil los, aufspringt der Sturm und sprengt gewaltig die schwarzen Schleusen. Blitze wie Feuerketten von ergrimmters Gottesfüßen geschleudert, Geföße wie vom Bersten ferner Dämme, Gebröhn wankender Gewölbe, Flüche kommender Berheerungen.

Am Morgen schaut der Landmann klagend das Unglück. Mitteln hinein ins Feld voll Segen hat ein Blitz geschlagen; eine unheilbare Wunde gähnt dem Trauernden entgegen, verlorne

das Lynchen für einen berechtigten Brauch hält. Im Senat sind nun aber die Vertreter der Südstaaten sehr mächtig, und sie legen alles daran, das Antilynchgesetz zu Fall zu bringen, demzufolge auch die Personen, die einen Lynchmord nicht verhindern, demzufolge auch und der Staat, in dem ein solcher Akt vorkommt, eine Strafe von 10 000 Dollar zahlen muß.

Ein englischer Gesandter als Sklavenshaffer. Nach Meldungen englischer Blätter hat sich in Abessinien seit dem Tode Kaiser Meneliks die Sklaverei wieder ausgebreitet. Reisende, die kürzlich aus Addis Abeba und aus den südlichen Provinzen des Landes zurückgekehrt sind, beschreiben mit höchster Entrüstung die Sklavenshaffer, die gegen Nachbarstämme unternommen werden, und berichten, daß Sklavensmärkte wie in alten Zeiten abgehalten werden. Die Sklavenshändler sind zwar fast alle Mohammedaner, aber die Käufer setzen sich zum großen Teil aus der christlichen Bevölkerung zusammen, und einige Berichterstatter lenken die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Tatsache, daß sogar die britische Gesandtschaft in Addis Abeba Sklaven hält. Die Menschenjagden haben weite Gebiete entvölkert und sie wieder zur Wildnis werden lassen.

Die fliegende Sämaschine. Eine Umwälzung im landwirtschaftlichen Betriebe will die Erfindung eines Amerikaners hervorbringen, der eine fliegende Sämaschine konstruiert hat. Dieser Apparat, der wenige Fuß über dem Erdboden dahinfliegt, ist imstande, bei einem einzigen Wurf Samenkörner in Reihen über eine Strecke von 8 Metern zu säen. Die unieren Tragflächen der Säflugmaschine haben eine Reihe von durchlöcherigen Metalltrichtern, die parallel liegen und nach der Entfernung eingestellt werden können, die zwischen den einzelnen Furchen liegen soll. Mittels Luftdruck wird der Samen aus den Trichtern mit der nötigen Kraft herausgeschleudert, so daß er in die richtige Tiefe des Bodens gelangt. Der Erfinder behauptet, daß bei den großen Weizenfeldern in den Vereinigten Staaten damit eine erstaunliche Zeitersparnis erzielt werde. Die fliegende Sämaschine kann von einer großen Anzahl Outbacker zusammen gehalten werden, und sie fliegt dann von Feld zu Feld, um bei jedem die Searbeit zu verrichten. Die Maschine kann in einem siebenstündigen Arbeitstag eine Fläche von 400 Hektar besäen. Wollte man diese Arbeit in der gleichen Zeit auf die gewöhnliche Weise verrichten, so müßten 100 Mann mit ebenso vielen Pferdegespannen eifrig tätig sein.

Neues Volkstheater. Die Eröffnung der von Bied und Petersens „Erber Selge“ mußte auf den 22. Juni verschoben werden.

Der Deutsche Werkbund hält seine 11. Jahresversammlung vom 22. Juni bis 1. Juli in Augsburg b. M. München ab. Die Tagesordnung bringt u. a. am 29. Juni in Augsburg eine Vorstands- und Ausschußsitzung, sowie eine Mittagsfeier, am 1. Juli in München einen öffentlichen Vortrag von Gehart Hauptmann „Die heilige Hand“.

Georg Ruch, der bei seinem jüngst erfolgten Erbaufreten als hoffnungsvolles Talent begrüßt wurde, ist im Alter von 25 Jahren gestorben. Der junge Künstler war letzter Preisrichter des 1915 abgebrochenen „Kunstwettbewerb“ des Kaiserlichen Kunstvereins.

Naturschutz eine Volksfrage!

Gegen Eigennutz und Unverständnis.

Die Notwendigkeit des Naturschutzes drängt sich dem Großstädter auf, als den Bewohnern der Kleinstadt und des Dorfes. Uns Berlinern ist das in den allerletzten Monaten und Wochen durch Waldverwüstungen schlimmster Art aufs neue gezeigt worden, daß wir gegen den unsere Erholungsstätten vernichtenden Naturfrevel uns wehren müssen. Gerade zu rechter Zeit kommt jetzt ein „Volkshund Natur“, der gestern in Berlin im Bürgeraal des Rathauses unter starker Beteiligung namentlich der wanderfrohen Jugend gegründet wurde. Er verdankt seine Entstehung allerdings nicht der Protestbewegung gegen die Waldverwüstungen, sondern einem Wunsch, an dessen Verwirklichung ein Kreis von Männern und Frauen schon lange gearbeitet hat. In der Gründungsverammlung wies Vorstandsvorsitzender Dr. Potonié in seinem Vortrag über Zweck und Ziele des Bundes darauf hin, daß man nicht mit schon bestehenden Naturschutzvereinen in Wettbewerb treten, sondern durch diese neue Organisation den Naturschutz zur Volksfrage machen will. Neben Männern der Wissenschaft haben Freunde der Natur sich längst um Naturschutz bemüht, aber einen auf Naturschutz gerichteten Volkswillen gab es bisher noch nicht — und nur das erklärt die Möglichkeit der Waldverwüstungen und anderer Naturfrevel, die vor unseren Augen sich vollziehen. Der „Volkshund Natur“ will aber nicht nur unseren vom Eigennutz geblenden Blick schärfen, sondern auch dem Unverständnis entgegen treten, mit dem in manchen Gegenden ganze Pflanzen- und Tierarten ausgerottet werden. Welche Schönheitswerte von Vernichtung bedroht sind, zeigte Studientrat Dr. Klose in einem Vortrag mit Abbildern reizvoller Heimatländschaften. Die neue Organisation aus dem Volke heraus, die eine Ergänzung der staatlichen Organisation für Naturdenkmälerpflege sein will, soll durch Vorträge und Ausflüge bessere Kenntnis der heimatischen Natur vermitteln, die Wertschätzung der Naturdenkmäler fördern, Einsicht in die Notwendigkeit ihrer Erhaltung verbreiten. Sie soll auch Mittel aufbringen, gefährdete Teile der heimatischen Natur in öffentlichen Besitz zu überführen, wenn die Erhaltung aus gesundheitlichen und sozialen, wissenschaftlich-unterrichtlichen und heimatländlichen Gründen wünschenswert ist.

Opfer eines Paffälshers.

Der Versuchung erliegen ist der ehemalige Postbote Schödl, der gestern wegen Bestechung, Beihilfe zur Urkundenfälschung und Verletzung des Briefgeheimnisses vor der Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte war als Briefträger bei der Hauptpost beschäftigt. Als solcher hatte er auch täglich Briefe an das in einem Hause der Poststraße belegene amerikanische Konsulat zu besorgen. An ihn machte sich im November 1921 ein nach Stellung von 50 000 M. als Kautionspfand gewordener Kaufmann Raas, der sich mit Beihilfe der Briefträgerin, heran und schickte ihm vor, einen aus Leipzig erwirkten, an das amerikanische Konsulat gerichteten Brief zwecks Einsichtnahme ihm auszubändigen und bot ihm dafür 2000 M. Schödl ging darauf ein und lieferte den Brief an Raas aus, der ihn vorsichtig öffnete, die darin enthaltenen Auskünfte änderte den Brief wieder zumachte und ihn dann durch Schödl bestellen ließ. Daselbe Spiel wiederholte sich ein zweites Mal. Als Raas zum dritten Male an den Angeklagten herantrat und ihm 2000 M. bot, konnte dieser die Bitte nicht erfüllen, weil er inzwischen ein anderes Bestelkreuz erhalten hatte. Er erklärte sich aber bereit, seinen Nachfolger im Revier, den Postboten Mörtter, für die Sache zu gewinnen. Er bot diesem 1000 M., Mörtter lehnte aber ab und meldete die Sache seinem Vorgesetzten. — R. A. Halbmeyer hat für den unbestraften Angeklagten um eine milde Strafe, da er doch nur das Opfer der Verfälschungskünste des Raas geworden sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß durch solche Verirrungen die das Vertrauen zur Sicherheit der Postbestellungen und auch der Post im Ausland erschüttert wird, zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft.

Die neuen Verkehrstarife.

Mit der Erhöhung des Straßenbahnstarifs von heute ab ist die Welle der Verkehrstariferhöhungen noch nicht abgeschlossen. Die Hochbahn wird mit dem 1. Juli der Tarifserhöhung der Straßenbahn folgen. Noch liegt kein Beschluß über die neuen Preise vor. Bei der Omnibusgesellschaft wird die Erhöhung der Tarifstrecken auf 4 und 5 und die Fahrt für eine ganze Strecke auf 6 M. am 23. Juni in Kraft treten.

Die Dame auf der Liebesjagd.

Eine Unglückliche, die ihre Freiheit nicht zu schätzen weiß, ist eine jetzt 42jährige Näherin K., die seit anderthalb Jahrzehnten den Behörden viel Arbeit macht. Wenn sie sich auf Grund psychosexueller Störung an einem Mann festbittet, hat dieser kaum eine ruhige Stunde mehr. So ist es im Laufe der Jahre mehr als einem Mann, auch einem Reichsminister und einem bekannten Parlamentarier, ergangen. Haltlos pendelt die Kranke zwischen Liebe und Haß einher, bereitet den bevorzugten Männern die größten Unannehmlichkeiten. Vor acht Jahren blieb nur die Ueberführung nach der städtischen Irrenanstalt Herzberge übrig. Die Kranke bezeichnet die Kranke, die sonst sehr intelligent ist, als „Liebesverfolgerin“. Nach 6½jähriger Internierung wurde die K. infolge ihrer stehenden Bitten auf Anordnung des Wohlfahrtsministeriums versuchsweise aus der Irrenanstalt entlassen. Der neue, erheblich jüngere Vormund nahm sie bei seiner Mutter auf und verpflegte sie, obwohl gar keine Geldmittel vorhanden waren. Bald aber besaßte sie mit selbstverständlich unerwidelter Liebe den Vormund. Es kam zu den tollsten Szenen, auch wieder zu völlig aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen, so daß die mittelbeige Familie des Vormundes ganz verzweifelt war. Ein in solchen Sachen sehr erfahrener Arzt hat eine gewisse Operation angeregt, wozu aber die einflußlose Kranke nicht ihre Zustimmung gibt. Die Behörden suchen jetzt die Liebesverfolgerin, um sie erneut nach einer öffentlichen Irrenanstalt zu bringen. Da sie hier wohl auf Lebenszeit begraben wäre, soll beantragt werden, sie einer von zwei privaten Spezialanstalten für solche schwierigen Kranken nach Eimenfelde in Thüringen oder nach Elberfeld zu überführen.

Neue Plakartenregelung.

Die Ausgabe der Plakarten für die von Berlin ausgehenden Schnellzüge hat in der letzten Zeit, ab 1. Juni eine Aenderung erfahren, die eine Vereinfachung des bisherigen Verfahrens darstellen sollte. Infolge dieser Vereinfachung, mit der eine Erparnis verbunden sein sollte und die in der Hauptplade darin bestand, daß die vordruckten Plakarten, die für jeden Platz in jedem Wagen nur einmal ausgefüllt waren, nicht mehr gedruckt, sondern von Fall zu Fall auf Grund einer zu führenden Lauffarte für den Zug ausgestellt werden sollten. Jeder einzelne Plakartenverkauf mußte also einer Zentralstelle gemeldet und die Beregung der Karte besonders vermerkt werden. Dieses bereits vor dem Kriege gebräuchliche Verfahren hat jedoch seit dem 1. Juni derartige Reklamationen zur Folge gehabt, daß die Eisenbahnverwaltung für die Ausgabe der Plakarten ab 24. d. M. wieder zu dem bisherigen Verfahren zurückkehren will, bei dem für jeden Zug eine

besondere Serie von Karten vorrätig gehalten wird, von denen dann die verlangten Karten verkauft werden, so daß für jeden verfügbaren Platz tatsächlich nur eine Plakarte vorhanden ist. Klagen hinsichtlich der Auswahl der Plätze können in Zukunft nur noch durch unvorhergesehene Betriebsstörungen eintreten.

Die Feuerwehre auf der Bienenzucht. Die Feuerwehre macht Jagd auf Bienen. In den letzten Tagen hat sie etwa ein Duzend Bienenvölker in der Bülowstraße, Köstlich, Rigaer-, Straßmann-, Turiner-, Hermann- und anderen Straßen eingefangen.

Der Arbeiter-Samariter-Bund (Ortsgruppe Groß-Berlin) veranstaltet am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 1 Uhr, auf dem Tempelhofer Feld in der Nähe des Bahnhofs Tempelhof eine große Propagandavortrag, die jedem Besucher einen interessanten Einblick in die Tätigkeit des Arbeiter-Samariter-Bundes gewährt wird. Der Besuch ist unentgeltlich. Jedermann ist herzlich eingeladen.

Zum Kampf um die Zeitungskasse eruchtet uns die „AA“ (Bereinigter Anzeigen-Gesellschaften), mitzuteilen, daß zwischen der Buchhandlung Stille und der „AA“ keinerlei Beziehungen bestehen.

Die nächste Sitzung der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde findet morgen, Freitag, 6 Uhr, im Jugendheim statt. Die Spielleiterinnen und Obmänner der Kindergruppen werden nun pünktliches Erscheinen gebeten.

Ueber die „Notwendigkeit des Krieges“ spricht Prof. Dr. Joh. W. Bernheim (Vonn) am Freitag, den 23. Juni, im Bürgeraal des Rathauses in der Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft.

Das freigewerkschaftliche Jugendkartell veranstaltet in der Nacht vom Sonnabend, den 24., zum Sonntag, den 25. Juni, in den Goleener Bergen eine Sonnenwendfeier. Beginn der Feier nachts 12 Uhr. Das Programm sieht Reden, Musik, Gesang, Rezitationen, Sonnenwendfeuer vor. Alle jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften werden aufgefordert, sich an dieser Feier zu beteiligen. Das Fest soll eine Rundgebung für die Befreiung der Jugend, für Jugendbildung und Jugendrecht sein.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, bei mäßigen westlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Eine neue deutsche Hilfsexpedition in Petersburg.

Die am 17. Juni von Stettin ausgereiste neue Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes unter Führung von Dr. Sergius Breuer für Südrussland mit Medikamenten und Verbandmitteln

für die Krankenhäuser in den Kolonistengebieten ist in Petersburg eingetroffen. Eine Ladung Getreide ist von Bulgarien nach Odessa unterwegs. Es sollen zuerst die Gebiete um Kronau, dann die Hungerdistrikte in der Krim und im Donezgebiet besudet werden. Weitere Getreidebestellungen sind in Vorbereitung. Die Redungen über den Saatenstand machen die Fortsetzung der Hilfe zur dringenden Notwendigkeit.

16 Tote aus dem Moore geborgen. Bis gestern abend wurden aus dem gefesterten Dampfer Moore im Hamburger Hafen 16 Tote geborgen. Hieron sind 8 brasilianische und 2 portugiesische Bordangestellte, von den übrigen 6 Leichen sind zwei weitere identifiziert worden.

Ein Millionenraub beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. In dem Hause Kurfürstendamm 22 wohnt ein Erdgeschob die Rentnerin Berliner. Nachdem diese abends ausgegangen war, wurde das Hausmädchen durch den Fernsprecher von einem Manne, der sich für einen Geschäftsmann ausgab, angeblich im Auftrag der Hausfrau nach einem Geschäft unter den Linden gerufen, um ein Paket abzuholen. Das Mädchen begab sich auch dorthin, erfuhr aber, daß es getäuscht worden war. Um zehn Uhr abends zurückgekehrt, entdeckte es, daß Einbrecher die Wohnung mit einem Nachschlüssel geöffnet und für 1½ Millionen Schmucksachen, Kollies, Broschen, Ringe, Brillen, Brillanten und wertvolle Gesellschaftsleiter gestohlen hatten. Die Verbrecher hatten augenscheinlich beobachtet, daß die Hausfrau ausging und dann durch den erdichteten Auftrag das Mädchen aus der Wohnung gelockt.

Ein lange gesuchter Süßstoffschwindler wurde jetzt endlich von der Kriminalpolizei unerschädlich gemacht. Schon seit länger als einem Jahre suchte ein angeblicher Schokoladenreisender Geschäfte in Groß-Berlin auf. Er legte aber weniger Wert auf die Abnahme von Schokolade, als vielmehr im Gespräch bald durchblicken, daß er auch Süßstoff habe. Die Geschäftsleute kauften ihm dann auch diesen angeblichen Süßstoff, den er in seinem Rucksack bei sich führte, zu hohen Preisen ab, ohne die Ware erst zu prüfen, weil sie sich auf die „Originalpackung“ der keinen Tüten verlassen. Ihre Kunden aber beschwerten sich bald, weil das Zeug zwar süß schmeckte, aber keineswegs Süßstoff war. Die „Originaltüten“ enthielten lediglich Zuckerkristalle in Kristallform. Der Schwindler war nicht zu fassen, bis es jetzt endlich der Kriminalpolizei gelang, den Drucker zu ermitteln, der vor mehr als einem Jahr eine große Menge kleiner Tüten mit dem Aufdruck hergestellt hatte. Als sein Auftraggeber wurde jetzt ein Reisender Paul Kirsch aus der Müllerstraße festgestellt. In seiner Wohnung fanden und beschlagnahmten die Beamten noch viele Tüten, die zum Teil noch leer, zum Teil schon mit Kristallzucker gefüllt waren. Kirsch wurde verhaftet.

11. Deutscher Gewerkschaftskongress.

Leipzig, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Kongress hat heute seinen Höhepunkt überschritten. Das Referat des Genossen Prof. Dr. Sinzheimer über das zukünftige Arbeitsrecht war ein Ereignis, wenn man will, ein Erlebnis. Noch kein Redner hat so die Aufmerksamkeit des Kongresses gefesselt und es ist nicht schwer zu sagen, daß auch in den nächsten Tagen kein Referent mit solcher Aufmerksamkeit, solcher atemlosen Stille, so ohne jeden Zwischenruf angehört werden wird. Da gibt es allerdings nichts zum Dazwischenrufen. Keine Spur von einer Phrase, wie sie seit Tagen schon von den „Brühen“ des Kongresses hundertmal mit Donnerstimme in den Saal gedrüllt wird. Sinzheimer's Referat war in jeder Beziehung hieb- und stichfest. Mancher, der Karl Marx tolgelacht hat, wird erkennen müssen, daß er immer noch lebt. Das Referat war nicht nur eine rhetorische Meisterleistung, es war mehr. Es war ein erster Auszug in die ersten Anfänge des Arbeitsrechtes und zugleich ein kühner Sprung in die Zukunft, gewagt nicht auf dem auf Hoffnungen und Versprechungen gestützten schwankenden Sprungbrett, sondern auf dem festen Bollwerk, das unerschütterlich verankert ist in wissenschaftlicher Erkenntnis. Von hier aus geht die Fahrt in die Zukunft, zu dem Ziel, das Genosse Sinzheimer mit verblühender Klarheit zeichnet. Dort steht neben dem Unternehmer der freie Arbeiter als Mitverwalter der Wirtschaft — der Nachfolger des Sklaven und Leibeigenen von ehedem. Welch eine gewaltige Entwicklung!

Kein Wunder, daß dieses Schlußbild den Kongress zu stürmischem Beifall hinriß, bei dem es aber nicht sein Bewenden haben darf. Das Referat wird gedruckt werden und hinaus ins Land gehen. Möge die Arbeiterschaft daraus die Erkenntnis schöpfen, daß nicht mit dem Beschimpfe und geistlosen Phrasengebreche die Zukunft erkämpft wird. Unser Ziel erreichen wir nur, wenn wir in erster Arbeit bemüht sind, das Arbeitsrecht so auszubauen, daß wir in ihm die wirtschaftliche Gleichberechtigung schaffen und die Arbeit auch vom letzten Reste der Jahrhunderte alten Sklaventeile befreien können.

Leht plätschern die träben Wellen kommunistischer Kritik von der Rednertribüne hinab in den Saal; aber sie können noch lange nicht die Woge der Bewegung glätten, die das Referat Sinzheimer's bei allen Teilnehmern des Kongresses mit Ausnahme einiger besonders hartgefotterter Kommunisten hervorgerufen hat.

4. Verhandlungstag. Vormittags-sitzung.

Die Sitzung wird mit dem Referat des Genossen Prof. Dr. Sinzheimer über „Das zukünftige Arbeitsrecht“ eröffnet. Der Kongress zeigt den scharfpunktigen Ausführungen Dr. Sinzheimer's großes Interesse. Der Redner hatte die Grundgedanken seines Referats in ausführlichen Leisfagen niedergelegt.

Der Bundesvorstand und der Bundesauschuss des ADGB bringen ihre Stellungnahme zum

Arbeitsrecht

in folgender Entschlieung zum Ausdruck: „Der 1. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands stimmt den Leisfagen des Referenten Prof. Dr. Sinzheimer-Frankfurt a. M. zu den vorstehenden Tagesordnungspunkten im allgemeinen zu und fordert, daß Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften das neue Arbeitsrecht im Sinne der hier niedergelegten Grundzüge baldmöglichst verwirklichen.“

Das neue Arbeitsrecht soll die Einheit der Arbeitsgesetzgebung für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Ausdruck bringen und deshalb sowohl in einheitlichem Geiste ausgebaut, als auch unter einheitlicher Verwaltung geführt werden. Insbesondere schließt sich der Kongress der Forderung des Vortragenden an, daß die Arbeitsgerichte unabhängig von den ordentlichen Gerichten in direktem Zusammenhang mit den Arbeiterbehörden und unter der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministeriums errichtet werden.

Soweit bis zum Abschluß des Arbeitszeitgesetzes für einzelne Materien der Weg der Spezialgesetzgebung nicht zu vermeiden ist, müssen diese Spezialgesetze den gleichen Grundfagen sozialer Zwecksetzung und Selbstverwaltung entsprechen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums erscheint nicht geeignet, das künftige Einheitsarbeitsrecht anzubahnen. Sie sind vom bürokratischen Verwaltungsgeist getragen und suchen die freie Betätigung durch Zwangseingriffe der Behörden zu ersticken.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf einer Schlichtungsordnung ist geeignet, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer durch Schlichtungszwang und Haftungsbedrohung zu unterbinden. Der Kongress lehnt jeden Zwang zur Anrufung der Schlichtungsinstanzen ab, da die Gewerkschaften wenig willens sind, die Gewähr

zu übernehmen, daß alle Schlichtungsmöglichkeiten ohne Eintritt in Arbeitskämpfe erschöpft werden. Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes befreit sowohl durch den bürokratischen Aufbau der Arbeitsnachweisbehörden als auch durch den Verzicht auf Weisefähigkeit und Ueberführung der niedriggewerblichen Arbeitsnachweise, insbesondere der Arbeitgeberverbände und Angestelltenorganisationen in den öffentlichen Arbeitsnachweis, und durch die völlig unverständliche Schonung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Eine solche Regelung des Arbeitsnachweiswesens ist unvereinbar mit dem einheitlichen Gedanken des künftigen Arbeitsrechtes und ist daher abzulehnen.

Die vorgelegten Gesetzentwürfe zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sowie der Angestellten lassen das Bestreben erkennen, die Arbeitszeitregelung für die verschiedenen Arbeitnehmerkreise zu spezialisieren und zu differenzieren. Vor allem wird in diesen Entwürfen der gesetzliche Achtstundentag durch ein wahres System von Ausnahmen derort durchlöchert, daß die achtstündige Arbeitszeit selbst zur Ausnahme werden wird. Der Kongress erhebt gegen diese Art von Gesetzgebung den entschiedensten Widerspruch und fordert ein einheitliches Gesetz für alle Arbeitnehmer, das den Achtstundentag als Höchstmaß der Tagesarbeitszeit anerkennt. Unter besonderer Voraussetzung ist für bestimmte Berufe eine längere Arbeitszeit gesetzlich festzulegen. Ueberarbeit darf nur zulässig sein, soweit die Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich darüber vorerst tariflich verständigen.

Der Gewerkschaftskongress warnt dringend auf diesem Wege der Arbeitsgesetzgebung fortzuschreiten, der sich von dem Ziel eines zeitgemäßen und einheitlichen Arbeitsrechtes weit entfernt und

Schwere Konflikte mit den Arbeiterorganisationen

auslösen muß. Der Gewerkschaftskongress appelliert an alle Gewerkschaften, an dem Aufbau eines neuen Arbeitsrechtes im Sinne der einseitend erwähnten Leisfagen mitzuwirken und erwartet von den Arbeitervertretern, daß alle gesetzgebenden Körperschaften keinem Gesetzentwurf zustimmen, der errungene Arbeiterrechte preisgibt oder den Aufbau eines einheitlichen und wirklich sozialen Arbeitsrechtes erschwert.“

Ergebnis der Lohnbewegung in den Reichsbetrieben.

Von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung begannen am 20. Juni und brachten an diesem Tage das Ergebnis für die Beamten, das bereits durch die Presse bekannt geworden ist. Am gestrigen Tage wurden die Löhne für die Reichsarbeiter festgesetzt. Die Erhöhung der Stundenlöhne beträgt in Lohnklasse I 3,70, II 3,60, III 3,60, IV 3,60, V 3,55, VI 3,50, VII 3,45.

Diese Zuschläge kommen für alle Altersklassen und auch für alle Ortsklassen in Frage. Weibliche Bedienstete erhalten 75 Proz. der Lohnsätze der Gruppe VII. Die Kinderzulage erfährt eine Erhöhung um 20 Pf. die Stunde.

Unsere Absicht, eine allgemeine Eisenbahner-Versammlung einzuberufen, um zur Lohn- und Gehaltsbewegung Stellung zu nehmen, ist durch den raschen Abschluß der Bewegung überholt worden. Die geplante Versammlung findet also nicht statt.

Kollegen! Es gilt, um unsere Kräfte zu sammeln, um die Vorbereitung für eine neue Bewegung zu treffen, welche uns dem Ausgleich zwischen Preisverhältnis und Einkommen näher bringen muß. Die Ortsverwaltung Berlin des Deusch. Eisenbahner-Verb.

Berliner Abstriche.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: In den letzten Tagen erschienen in der Tagespresse Mitteilungen, nach denen der Staatsauschuss der Stadt Berlin an dem Etat der Beamten 50 Millionen Mark, an dem Etat der Hilfskräfte 30 Millionen Mark gestrichen habe. Es wurde weiter berichtet, daß in sehr vielen Dienststellen ein erheblicher Ueberfluß an Arbeitskräften, besonders an Hilfskräften, vorhanden sei.

Wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Hilfskräfte der der Beamten weit nachsteht, ergibt sich daraus, daß besonders mit der Hilfsangestelltenschaft ausgeräumt werden wird. Dies entspricht durchaus den Bestrebungen, die wir seit einiger Zeit beim Magistrat Berlin beobachten können und die darauf hinauslaufen, den freien Arbeitnehmer aus den Dienststellen des Magistrats zu verdrängen und an deren Stelle Beamte zu setzen. Ob dies der Allgemeinheit zum Vorteil gereicht, wagen wir sehr zu bezweifeln.

Wenn dem Staatsauschuss von den Magistratsvertretern weiter berichtet worden ist, daß in verschiedenen Bezirksamtern noch eine erhebliche Zahl von Hilfskräften arbeitslos herumliegt, so heißt das doch, Tatsachen auf den Kopf stellen. Es ist festgestellt, daß die meisten Bezirksamter in der letzten Zeit gezwungen waren, infolge Mangel an ständigen Hilfskräften, in größerer Zahl Angestellte auf tägliche Kündigung einzustellen.

Im Herbst vorigen Jahres wurde so rapide abgebaut, daß sich in einzelnen Bezirksamtern, genau so wie in Kriegszeiten, lange Kolonnen von Personen bildeten, die in irgendeiner Dienststelle des Bezirksamtes abgefertigt werden wollten.

Wir sind gern bereit, dem Magistrat und dem Staatsauschuss mit Beispielen, wie gespart werden könnte, an die Hand zu gehen. Wir können uns z. B. sehr gut vorstellen, daß die in Frage kommenden Magistratsstellen angewiesen werden, nicht mit jeder Kleinigkeit zum Schlichtungsausschusses und Demobilisierungskommissionen zu laufen, wo dann festgestellt wird, daß man sich in sehr vielen Sachen in einer direkten Verhandlung schnell hätte einigen können.

Der Streik im Malergewerbe.

Nachdem die Maler in der Diensttagmorgenversammlung den Streik beschlossen haben, sind sie am Mittwoch mit seltener Einmütigkeit diesem Beschluß gefolgt. Der Streik betrifft allerdings nur Bau- und Stubenmaler. Maler, die beim Film beschäftigt sind, ferner Theater- und Bühnenmaler, Maler in Waren- und Kaufhäusern, Küchenmöbel- und sonstigen Möbelfabriken, in der Karosserie- und Gebirgsbahnbranche sowie in allen Betrieben, die dem Kollektivvertrag in der Metallindustrie unterstehen, werden davon nicht berührt. Außerdem ist die Arbeiterlaubnis erteilt im sozialen Baubetriebe (Malereigenossenschaft), jedoch unter der Bedingung, daß jede Zunahme der Arbeit der Nachprüfung der Streikleitung unterliegt. Die Maler in den vorhergenannten Betrieben dürfen selbstverständlich Baumarbeiten über ihren bisherigen Umfang hinaus nicht ausführen. Um Zwistigkeiten darüber zu vermeiden, werden Legitimationen von der Streikleitung herausgegeben.

Wir bitten alle Bauhandwerker sowie die gesamte Arbeiterschaft, uns in diesem Kampf, der erschwert wird, weil wir nur mit

sehr kleinen Betrieben zu rechnen haben, durch Solidaritätsbewegungen zu unterstützen. Die Streikleitung.

Einigung im Eisen- und Eisenwaren-Großhandel. Die dem Transportarbeiterverband angeschlossenen Arbeiter im Eisengroßhandel, den Eisen- und Eisenwarengeschäften, nahmen am Mittwochabend in der Bodbrauerei Stellung zu dem Resultat der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Bericht wurde vom Branchenberater K o h l s c h m i d t gegeben. Wie der Redner ausführte, wollten die Arbeitgeber zuerst nicht mehr als eine Zulage von 10 Proz. zugestehen. Endlich erhöhten sie das Angebot auf rund 14 Proz., so daß nach diesem Zuschlag die bisherigen Löhne von 1020 — 1000 — 975 und 960 auf rund 1160 — 1140 — 1110 und 1090 R. steigen. Das Abkommen soll für Juni gelten.

Die anschließende Diskussion hatte zum Ergebnis, daß das Angebot der Arbeitgeber mit großer Mehrheit a n g e n o m m e n wurde.

Bericht für den rechte. Tell: Franz Mühs. Berlin-Dahlemerfeld; für die linken: Th. Glöck. Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten dir. A. Hersteiler
A. Lesdau
Werkstätten für feine Korbmöbel
Fernsprecher:
Neukölln 1752.
Jugend- und Verkaufsstelle
Neukölln, Anzenbergerstraße 20.

Metalbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Patente erhalten
von Jaeger & Dr. Breslauer
Berlin, Schadowstr. 100c.
Dresdener und Beratung gratis.

Gold Silber Platin
Zahngelbisse
Erich Fuhrmann
Goltzkowskystr. 13

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefern ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe
1 Ring Dukatingold v. M. 250.- an
1 Ring 585 gestempelt v. M. 200.- an
1 Ring 335 gestempelt v. M. 100.- an

H. Wiese, Juwelier
Berlin N, Artilleriestr. 30
Berlin W, Passauer Str. 12
Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.

Metal-Bettstellen
Fürst, Neukölln, Hermannstr. 38
Korbmöbel
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fabr. I. Bahndorf, Auflegensplatz, u. Feldbetten.
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

10 000 Mk.
f. Horváthstreß, und
Erfinder
Kaufl. Anz. g. Berlin.
Ein neuer Geist
graf. d. F. Erlaus & Co.
Berl., Hallesche Str. 71.

Anserte im Vorwärts
sicheren Erfolg!

Gold- u. Silber-Bruch
Brillanten etc.
zahlt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufsgesellschaft
Hopenfeld & Co.
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)

Stein's Kleider-Tage

Beginn
Freitag
den 23. VI. 22

Mit diesem sensationell billigen Angebot geben wir Ihnen einen neuen schlagenden Beweis dafür, daß wir auf Grund großzügiger eigener Fabrikation ganz besonders leistungsfähig sind.

Schluss
Sonnabend
den 1. VII. 22

Was wir leisten, zeigen wir an vielen Beispielen in zehn Schaufenstern

Fenster 1		Fenster 5	
Dirndlkleider	in schönen Mustern, mit Samtband und Spitze garniert	Frottékleider	prima Frotté, weiß, mit schmalen und breiten farbigen Streifen, Jumper- und Gürtelform
nur 158⁰⁰		nur 398⁰⁰	
Fenster 2		Fenster 6	
Dirndlkleider	in aparten Mustern, kariert, groß und klein geblümt, mit Samtband und Spitze, extra weit	Voilekleider	weiß und gemustert, in vielen schönen Ausführungen und besonders großer Auswahl.
nur 228⁰⁰		nur 498⁰⁰	
Fenster 3		Fenster 7	
Leinenkleider	in lebhaften Farben, mit Knopfgarnitur, Gürtel und Aermel andersfarbig und gesteppt	Voilekleider	prima Vollvoile in weiß, einfarbig u. gemustert, aparte Ausführungen mit Fileteinsätzen, Doppelvolants und Hand-Hohlsäumen.
nur 298⁰⁰		nur 798⁰⁰	
Fenster 4		Fenster 8	
Musselinekleider	in gepunkteten, gestreiften und geblünten Mustern, offen und geschlossen zu tragen sowie Jumperform, hell und dunkel	Nachm.-Kleider	in Vollvoile, Wolltrikot, Seide u. Cheviot, durchweg besonders gut und geschmackv. verarbeitet
nur 348⁰⁰		nur 1078⁰⁰	
Fenster 10		Fenster 9	
Covercoatmäntel in schönen Ausführung.	695 ⁰⁰ 895 ⁰⁰ 1095 ⁰⁰	Modellkleider	in Seide, Seidentrikot, Garbadine und Vollvoile, Pa. Stoffe, allerbeste Verarbeitung, neueste Form. nur 1878⁰⁰
Alpakamäntel mit und ohne Stepperei . . .	645 ⁰⁰ 895 ⁰⁰ 995 ⁰⁰		
Strickjacken reine Wolle . . .	575 ⁰⁰ 695 ⁰⁰ 795 ⁰⁰		
Ueberziehhacken mit u. ohne Aermel . . .	198 ⁰⁰ 275 ⁰⁰ 375 ⁰⁰		
		Fenster 10	
		Blusen Jumper und andere Formen	69 ⁰⁰ 98 ⁰⁰ 149 ⁰⁰
		Jumper aus Trikot und Wollstoffen	149 ⁰⁰ 198 ⁰⁰ 298 ⁰⁰
		Röcke in vielen Ausführungen	185 ⁰⁰ 225 ⁰⁰ 275 ⁰⁰
		Unterröcke in Waschstoffen, Trikot und Seide	98 ⁰⁰ 159 ⁰⁰ 198 ⁰⁰

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N 39, Chausseestraße 70-71.